



Focus

Albanien

Politischer Burgfriede Chancen und Perspektiven

Öffentlich

Desk Europa/GUS/Asien
Quellenweg 6
3003 Bern-Wabern

29. Januar 2003

Schrankenerklärung

Das vorliegende Produkt wurde von der Sektion Analysen des Schweizerischen Bundesamtes für Flüchtlinge (BFF) erstellt. Der Inhalt basiert grundsätzlich auf öffentlichen Informationsquellen, welche mit grösstmöglicher wissenschaftlicher Sorgfalt recherchiert, ausgewertet und aufbereitet worden sind. Kein Produkt der Sektion Analysen erhebt den Anspruch, ein erschöpfendes Bild zu einem bestimmten Land oder zu einer bestimmten Fragestellung zu vermitteln. Es lassen sich daraus weder die Asylrelevanz eines individuellen Vorbringens noch ein allfälliger Flüchtlingsstatus ableiten. Auch lassen sich überholte, unvollständige, unpräzise oder unkorrekte Angaben nicht in allen Fällen ausschliessen. Die Berücksichtigung von nicht amtlichen Quellen verleiht diesen keinen amtlichen Charakter. Das vorliegende Dokument kann nicht als politische Stellungnahme seitens der Schweiz oder deren Behörden gewertet werden.

Clauses limitatives

Le présent document a été élaboré par la Section Analyses de l'Office Fédéral des Réfugiés (ODR) en Suisse. En principe son contenu repose sur des informations publiques. Celles-ci ont été recherchées, exploitées et présentées le plus scrupuleusement possible du point de vue scientifique. Les documents de la Section Analyses ne prétendent pas donner une image exhaustive des pays traités ou apporter une réponse définitive aux thèmes abordés. De même, ils ne permettent pas de déduire si les arguments invoqués par une personne sont déterminants pour l'octroi de l'asile, ni si le statut de réfugié doit être accordé à cette dernière. En outre, des données dépassées, incomplètes, imprécises ou incorrectes ne sont pas totalement exclues. A noter que l'utilisation de sources non administratives ne leur confère pas pour autant un caractère officiel. Enfin, le présent document ne peut pas être considéré comme une prise de position politique de la Suisse ou de ses autorités.

Disclaimer

The product at issue has been compiled by the Section of Analysis of the Swiss Federal Office for Refugees (FOR). In principle the contents are based on public sources. All the information provided has been researched, evaluated and processed with utmost care. No product of the Section of Analysis claims to provide an exhaustive picture of a certain country or a particular matter. Nor may conclusions be drawn from it as to the merits of any claim to refugee status or asylum. Outdated, incomplete, inaccurate or incorrect information cannot be ruled out. The consideration of non-official sources does not endow these with official character. The present document is not a political statement on the part of Switzerland or its authorities.

1. Die jüngsten politischen Entwicklungen

Bis im Juni 2002 gehörten in Albanien Machtkämpfe und Intrigen zwischen – und innerhalb – der regierenden PS von Fatos Nano und der oppositionellen PD von Sali Berisha zum innenpolitischen Alltag. Die Gegensätze schienen unüberwindbar. Verschiedene innenpolitische Faktoren sowie der Druck von EU, Weltbank und Internationalem Währungsfond¹ führten dann jedoch zu einer bis zu diesem Zeitpunkt nicht für möglich gehaltenen *Wende*. Die PS und die PD einigten sich im Vorfeld der Wahl des Staatspräsidenten vom 24. Juni 2002 auf einen gemeinsamen, jedoch massgeblich von Sali Berisha bestimmten Kandidaten. Fatos Nano und Sali Berisha hatten einen Burgfrieden geschlossen und wollten einander – zumindest öffentlich² – nicht mehr bekämpfen. Da die beiden wichtigsten Parteien und Wahlbündnisse zusammen über 120 von 140 Parlamentssitzen verfügen³, wurde der parteilose Alfred Moisiu bereits im ersten Wahlgang zum neuen Staatspräsidenten gewählt. Moisiu erklärte umgehend, den neu gefundenen Konsens unterstützen zu wollen. Fatos Nano seinerseits nahm seine beiden grössten – und zuvor ausgeschalteten – innerparteilichen Widersacher, die sozialistischen Reformer und Erneuerer Ilir Meta und Pandelj Majko in das neu gebildete Kabinett auf.⁴ Meta wurde zum Stellvertreter von Nano und zugleich Außenminister und Majko zum Verteidigungsminister ernannt. Begründet dieser Burgfriede – das herausragendste politische Ereignis in Albanien seit langem – den Beginn einer Ära der politischen Sachlichkeit und der konstruktiven Zusammenarbeit und kann der bisherige politische Stillstand endgültig überwunden werden?

2. Politische Hintergründe und Motive für den 'historischen' Burgfrieden

Beobachter in Tirana sprechen sowohl von einem 'historischen' als auch einem 'wundersamen' Vorgang, Nano und Berisha von einem "neuen Prozess des politischen Dialogs und der Zusammenarbeit".⁵ Momentan ist die Nachhaltigkeit und Dauerhaftigkeit dieser Übereinkunft schwierig zu beurteilen, zu vielschichtig sind die politischen Hintergründe und die Motive der beiden Hauptakteure. Die internationale Gemeinschaft übte wiederholt Druck aus und machte die Gewährung von Wirtschaftshilfen von einem stabileren politischen Umfeld abhängig. Ebenso war es offensichtlich, dass die extreme Feindschaft zwischen Nano und Berisha Albanien im letzten Jahrzehnt geschadet hatte. Hingegen steht auch fest, dass dieser Schachzug Nano wie Berisha das politische Überleben garantiert. Denn die PD wäre wohl auf absehbare Zukunft in der Opposition geblieben und die PS hätte auch als Regierungspartei ihre namhaften innerparteilichen Differenzen nicht überwinden können. Daher sind gerade Vertreter der kleineren politischen Parteien misstrauisch. Sie befürchten, dass die beiden ohnehin dominierenden Grossen lediglich die Macht aufteilen. Bisher scheint es, dass sich Nano und Be-

¹ Süddeutsche Zeitung. München. 2. August 2002.

² Frankfurter Allgemeine Zeitung. Frankfurt. 25. November 2002.

³ Frankfurter Allgemeine Zeitung. Frankfurt. 25. November 2002.

⁴ Süddeutsche Zeitung. München. 2. August 2002.

⁵ Frankfurter Allgemeine Zeitung. Frankfurt. 25. November 2002.

rischa zum Wohl des gesamten Landes angenähert haben und sich mit dieser 'Grossen Koalition' zufrieden geben. Dies würde die politische Gesamtsituation weiter stabilisieren. Möglich ist aber auch, dass sie die Macht tatsächlich aufteilen und die staatlichen Institutionen mit ihren jeweiligen Gefolgsleuten besetzen oder dass die PD nur einen Kompromiss auf Zeit geschlossen hat und mittelfristig wieder allein an die Macht strebt. Noch sind alle Entwicklungen möglich, auch wenn sich zu Jahresbeginn wegen einer lokalen Wahlniederlage der PD erneut erste Disharmonien abzeichnen.

3. Allgemeine Sicherheitslage, Kriminalität und Korruption

Teile des Landes, vor allem im *Norden* und *Nordosten*, sind weiterhin nicht unter Kontrolle der Regierung.

Die Regierung bekräftigte Anfang 2003 erneut, die OK und die Korruption bekämpfen zu wollen.⁶ Die OK ist in der Tat ein Sicherheitsproblem mit vielfältigen Ursachen, darunter verbreitete Armut, unterbezahlte Ordnungshüter und mitbeteiligte (Spitzen-)Politiker und Verwaltungsfunktionäre. Die jüngsten kleineren Erfolge der Behörden bei der Verbrechensbekämpfung haben, insgesamt gesehen, die weitere Ausbreitung der OK nicht behindert. Die Strukturen der kriminellen Netzwerke sind äusserst flexibel, anpassungsfähig und zudem stabiler als diejenigen staatlicher Stellen. Zudem verfügt die OK über effiziente Abwehrmechanismen gegenüber staatlichen Bekämpfungsmassnahmen.⁷ Weiter kommen der OK eine mangelhaft ausgeprägte Rechtstaatlichkeit und eine teilweise ungenügende Effizienz der albanischen Justiz⁸ zu Hilfe. Internationale Unterstützungs- und Ausbildungsprogramme haben jedoch zu ersten Verbesserungen geführt. Die Beschleunigung der Reformen bleibt weiterhin ein Ziel des Justizministers.⁹

3.1. Mühselige Bekämpfung der Korruption

Die Bekämpfung der Korruption bleibt ein Dauerauftrag der Regierung. Staatspräsident Moisu gab am 19. Januar 2003 bekannt, sich dabei vor allem auf die Gerichte zu konzentrieren.¹⁰ Korruption ist aber auch bei den Organen der (Grenz-)Polizei und in der Verwaltung symptomatisch. Noch jede Regierung, sowohl demokratische wie sozialistische, sahen sich mit Korruptionsbeschuldigungen konfrontiert. Im Hintergrund ging es jedoch oftmals nur um reine Machtfragen.¹¹ Die Bekämpfung der Korruption war schon verschiedentlich eine Regierungspriorität, wurde jedoch ebenso oft wieder 'aufgegeben'. Die guten Absichten endeten lediglich mit gegenseitigen Schuldzuweisungen und einigen personellen Wechseln. Wichtige Bedingungsfaktoren der Korruption wie das Clan-Wesen und aus sozialistischer Zeit noch bestehende Seilschaften werden auch dieses Mal wohl nur schwer zu überwinden sein.¹²

⁶ ATA English News Services. Tirana. 17. Januar 2003.

⁷ BAP. Organisierte Kriminalität auf dem Balkan. Mai 2001.

⁸ Die Presse. Wien. 29. April 2002.

⁹ ATA English News Services. Tirana. 17. Januar 2003.

¹⁰ ATA English News Services. Tirana. 17. Januar 2003.

¹¹ Berner Zeitung. Bern. 6. Februar 2002.

¹² Neue Zürcher Zeitung. Zürich. 30. Januar 2002.

3.2. Öffentliche Ordnung – Rückkehr des Staates?

In der Hauptstadt Tirana verdreifachte sich die Einwohnerzahl in den letzten zehn Jahren,¹³ was zu einem Bauboom und zur Errichtung unzähliger illegaler Bauten führte. Edi Rama, der Bürgermeister von Tirana, liess seit Ende 2001 eine grosse Zahl illegaler Bauten – und damit den Besitz von 4'000 Familien – im Stadtzentrum niederreissen (siehe Anhang).¹⁴ Mehrstöckige Wohnblocks im Besitze von Akteuren mit Geld zweifelhafter Herkunft, blieben jedoch unangetastet. Die Massnahmen sind wohl eher als Versuch einer modernen Städtebaupolitik zu sehen, als dass sie eine tatsächliche Rückkehr des Staates darstellen. Denn der Bürgermeister scheint auch gegen Quartierchefs und Clans machtlos zu sein, welche selbst in Tirana anstelle des Staates Stromgebühren einziehen und den Zugang zu öffentlichen Ressourcen auf ihre Weise regeln.¹⁵

4. Die wirtschaftliche Situation

Die Regierung bekennt sich zu marktwirtschaftlichen Strukturen und strebt dieses Jahr ein reales Wirtschaftswachstum von sechs Prozent an.¹⁶ Als grösste Herausforderungen werden die Umstrukturierung der staatlichen Elektrizitätswerke (KESH), die Privatisierung der Telekommunikation und der Ausbau der über weite Strecken maroden Infrastruktur bezeichnet.¹⁷ Eine Überführung in geordnete staatliche oder neue private Strukturen ist gerade im Energiebereich von grosser Bedeutung, kam es doch im Winter 2002 zu schweren Krisen und stundenlangen Stromabschaltungen.¹⁸ Wenn die auch in anderen Bereichen geplanten Transformationen und strukturellen Reformen erfolgreich vorangetrieben werden können, besteht tatsächlich Hoffnung für eine weitere Verbesserung der wirtschaftlichen Parameter. Von einer funktionierenden Marktwirtschaft ist Albanien allerdings auch in diesem Fall noch relativ weit entfernt. Momentan wird die Wirtschaft vom Handel, dem Baugewerbe und zumindest im Raum Durres vom Hafen und dem grösstenteils aus dem Kosovo stammenden Tourismus getragen.¹⁹

5. Regionaler Stabilitätsfaktor – Ziel Europa-Integration

Die Integration Albaniens in westliche und euro-atlantische Strukturen wird parteiübergreifend angestrebt. Zudem sucht sich Albanien als regionaler Stabilitätsfaktor zu profilieren. Anstelle der früheren 'Kosova'- oder Grossalbanien-Ausrichtung werden für die verschiedenen albanischen Gruppen in Südosteuropa jeweils individuelle regionale Lösungen befürwortet. Am 26. November 2002 wurden mit dem früheren politischen Rivalen Jugoslawien drei Kooperationsabkommen geschlossen, bereits im Januar 2001 wa-

¹³ Neue Zürcher Zeitung. Zürich. 19. Mai 2002.

¹⁴ Neue Zürcher Zeitung. Zürich. 19. Mai 2002.

¹⁵ Neue Zürcher Zeitung. Zürich. 19. Mai 2002.

¹⁶ Albanian TV. Tirana. 7. Januar 2003.

¹⁷ ATA. Tirana. 16. Januar 2003.

¹⁸ Die Presse. Wien. 31. Januar 2002.

¹⁹ Frankfurter Allgemeine Zeitung. Frankfurt. 25. November 2002.

ren diplomatische Beziehungen aufgenommen worden.²⁰ Der Regierungswechsel in Mazedonien im September 2002 machte zumindest eine gewisse Annäherung möglich. Zu Kosovo sucht Albanien aufgrund der etwas 'speziellen Beziehungen' primär eine handelspolitische Annäherung. Grenzüberschreitende Infrastrukturprojekte wie die geplante Verbindung von Durres über Kukës nach Prizren bleiben allerdings politisch heikel und lassen trotz einer umsichtigen Vorgehensweise das regionale Schreckgespenst²¹ Grossalbanien wieder aufscheinen. Grossalbanien hätte wohl nur dann eine Chance, wenn sich die Frustration Albaniens über das Verhalten westlicher Geberländer noch verstärken sollte. Noch Anfang 2002 hat die internationale Gemeinschaft anstelle der angestrebten Abkommen und finanzieller Hilfe nur immer neue Vorwürfe erhoben und Vorschriften gemacht.²²

6. Migration als Wirtschaftsfaktor und einzige Chance

Der Rückfluss von Geldern aus der Emigration ist weiterhin einer der wichtigsten Wirtschaftsfaktoren. Allein im ersten Quartal des Jahres 2002 wurden 168 Millionen Dollar nach Albanien überwiesen.

In Albanien sehen breite Kreise der Bevölkerung in der (temporären Arbeits-)Emigration ihre einzige Chance. Verbunden mit unterschiedlich gelagerten Träumen vom vielen – und im Ausland schnell verdienten – Geld führt dies zu einer anhaltend hohen Migrationsbereitschaft. Primäres Ziel bleiben weiterhin die Nachbarländer *Italien* und *Griechenland*.

²⁰ Neue Zürcher Zeitung. Zürich. 27. November 2002.

²¹ Frankfurter Allgemeine Zeitung. Frankfurt. 25. November 2002.

²² Die Presse. Wien. 29. April 2002.